

ARGUMENTE FÜR EINE HUMANE FLÜCHTLINGSPOLITIK

MENSCHEN BRAUCHEN SCHUTZ

Weltweit befinden sich nach Angaben der UNO rund 120 Millionen Menschen auf der Flucht – das sind 1,5 Prozent der Weltbevölkerung. Etwa 63 Millionen von ihnen sind Binnenvertriebene, die innerhalb ihres Heimatlandes Zuflucht gesucht haben. Die Fluchtgründe sind zahlreich, wie etwa der Krieg in Syrien, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine oder die Machtergreifung der Taliban in Afghanistan. All diese Ursachen lassen sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Geflüchtete aber brauchen sofort Schutz. Wir müssen jetzt handeln.

NIEMAND FLIEHT FREIWILLIG

Wer in Europa Schutz sucht, hat großes Leid erlebt. Menschen fliehen vor Krieg, Menschenrechtsverletzungen oder, weil sie aufgrund ihrer Religion, sexuellen Orientierung oder politischen Anschauung verfolgt werden. Zahlreiche Schutzsuchende erleiden schwerste Menschenrechtsverletzungen. Diese Flucht ist lebensgefährlich: Allein auf der Mittelmeerroute starben im Jahr 2023 laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) mindestens 3.760 Menschen. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) verzeichnete 2023 mindestens 8.565 Tote weltweit. Es war damit das tödlichste Jahr für Schutzsuchende seit Beginn der Aufzeichnungen. Kein Mensch nimmt diese gefährliche Reise ohne Grund auf sich.



© Amnesty International / Foto: Eduardo Quiros Riesgo

Amnesty Mitarbeiter*innen während einer Recherche in die Ukraine

ASYL IST EIN MENSCHENRECHT

Dass ein Staat Geflüchteten Schutz gewährt, ist nicht nur eine Frage der Menschlichkeit, sondern auch eine völkerrechtliche Verpflichtung. Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gewährt jedem Menschen das Recht, in einem anderen Land Asyl zu suchen und ein faires Asylverfahren zu durchlaufen. Außerdem verbietet die Genfer Flüchtlingskonvention, Menschen in ein Land zurückzuschicken, in dem ihnen Gefahr für Leib und Leben droht. Die Mitgliedstaaten der EU haben sich zur Einhaltung dieser Grundsätze verpflichtet. Es ist also Europas Pflicht, Menschen in Not Schutz zu gewähren.

EUROPA MUSS VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Etwa 70 Prozent der Schutzsuchenden, die ihr Heimatland verlassen müssen, fliehen in umliegende Regionen. Nur wenige reisen weiter nach Europa: Im Jahr 2023 stellten 1,1 Millionen Menschen einen Asylantrag in der EU, weniger als 1 Prozent der Vertriebenen weltweit. Anstatt ein menschenwürdiges Asylsystem in Europa aufzubauen, wurden viele Milliarden Euro investiert, um an den EU-Außengrenzen knapp 2.000 Kilometer Zäune und Mauern zu errichten. Indem die EU Schutzsuchende daran hindert, in Europa Asyl zu beantragen, entzieht sie sich ihrer globalen Verantwortung.

SCHÜTZEN STATT ABSCHOTTEN

Im Februar 2022 begann der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Derzeit haben laut UNO fast 6,5 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine weltweit Zuflucht gesucht, etwa 3,7 Millionen Menschen wurden innerhalb des Landes vertrieben. Fast sechs Millionen Schutzsuchende aus der Ukraine wurden mittlerweile in der EU aufgenommen, die meisten in Deutschland und Polen. Die größtenteils reibungslose Aufnahme, die von einem beeindruckenden Einsatz der Zivilgesellschaft begleitet wurde, zeigt: Die EU kann einer großen Zahl Menschen Schutz bieten, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen stimmen und alle an einem Strang ziehen.

DIE MENSCHENRECHTE STEHEN AUF DEM SPIEL

Menschenrechte sind wertlos, wenn sie nicht für alle gelten. Deshalb müssen wir die Rechte von Geflüchteten genauso verteidigen wie unsere eigenen Rechte. Trotzdem schränken Deutschland und die Europäische Union das Recht auf Asyl immer weiter ein. Durch die neuen Verschärfungen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) droht an den Außengrenzen die Rechtlosigkeit zur Norm zu werden. Die neuen Regeln werden zu mehr Leid, mehr Gewalt und mehr Pushbacks führen. Sie werden die bestehenden Herausforderungen nicht lösen, sondern weiter verschärfen.

Bei der Umsetzung der neuen Regeln muss die Bundesregierung menschenrechtliche Vorgaben in den Mittelpunkt stellen. Amnesty International befürchtet, dass die neuen Regelungen zu einem kaum zu durchdringenden Verfahrenslabyrinth führen. Ein Großteil der Schutzsuchenden soll künftig an den europäischen Außengrenzen inhaftiert werden und dort das Asylverfahren durchlaufen. Grundsätzliche Ausnahmen für Kinder, Familien oder besonders schutzbedürftige Menschen sind nicht vorgesehen. Der Zugang zu Gerichten wird Asylsuchenden weiter erschwert. Amnesty International fordert die Regierungen aller EU-Mitgliedstaaten dazu auf, sich klar zum individuellen Recht auf Asyl zu bekennen und sich für eine solidarische Aufnahme Schutzsuchender in der EU stark zu machen. Ein Bekenntnis zum Recht auf Asyl ist ein Bekenntnis zu den unveräußerlichen Menschenrechten.



Ankommen in Großbritannien: Syrische Geflüchtete in ihrer neuen Wohnung in London

VERANTWORTUNG NICHT AUF DRITTSTAATEN AUSLAGERN

Fluchtrouten nach Europa führen Schutzsuchende durch gefährliche Transitstaaten wie Libyen, Ägypten, Libanon oder Tunesien. Dort werden Geflüchtete willkürlich auf unbestimmte Zeit inhaftiert oder rechtswidrig abgeschoben. In Libyen werden sie in Haft gar misshandelt und gefoltert. Die EU und die Bundesregierung finanzieren in vielen Fällen den Grenzschutz dieser Staaten und machen sich so an diesen Menschenrechtsverletzungen mitschuldig. Sie sorgen durch diese Migrationskooperationen dafür, dass Schutzsuchende in Transitländern gefangen sind und keine Chance auf Schutz vor Verfolgung erhalten.

KAUM SICHERE FLUCHTWEGE

Asylanträge in der EU müssen in einem Mitgliedstaat vor Ort gestellt werden. Doch es gibt kaum legale und sichere Wege dorthin. Die Einreise über den Land- oder Seeweg wird mit allen Mitteln unterbunden. Die Beteiligung der EU am Resettlement-Programm der Vereinten Nationen deckt den Bedarf nicht annähernd: Obwohl 2023 Plätze für zwei Millionen Geflüchtete benötigt wurden, konnten nur rund 96.000 umgesiedelt werden. Die EU-Staaten müssen im Sinne einer gerechten globalen Verantwortungsteilung deutlich mehr Menschen aufnehmen, mehr humanitäre Visa erteilen und den Familiennachzug erleichtern.

GEMEINSAM STARK

Petitionen, Protestaktionen, Informationsveranstaltungen, Gespräche mit Politiker*innen: Amnesty International setzt sich weltweit für eine menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik ein. Regelmäßig besuchen Amnesty-Mitarbeiter*innen verschiedene Länder, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Im Jahr 2023 untersuchten sie unter anderem die Situation in Tunesien, Ägypten, Griechenland und Italien, sprachen mit Schutzsuchenden und dokumentierten deren Situation in Berichten.

EHRENAMTLICHE ARBEIT IN DEUTSCHLAND

Bundesweit gibt es zahlreiche Asylberater*innen von Amnesty International, die Schutzsuchenden bei Fragen rund um das Asylverfahren helfen. Sie nehmen regelmäßig an Seminaren teil, um eine qualifizierte Beratung zu gewährleisten. Zur Einschätzung der Situation in den Herkunftsstaaten von Flüchtlingen stellt Amnesty International Informationen bereit und erstellt Gutachten für Gerichtsverfahren.



Amnesty-Mitglieder aus ganz Europa bei einer Aktion in Bulgarien

WIR HANDELN KONSEQUENT

Wir setzen uns konsequent für das Recht auf Asyl ein, insbesondere für:

- faire Asylverfahren
- Abschiebungsstopps in Länder, in denen Schutzsuchenden schwere Menschenrechtsverletzungen drohen
- sichere, reguläre Zugangswege nach Europa und erleichterten Familiennachzug
- eine menschenrechtszentrierte Umsetzung des EU-Asylrechts
- ein Ende völkerrechtswidriger Pushbacks
- die Einhaltung und Überwachung menschenrechtlicher Standards bei Abkommen mit Drittstaaten

WERDEN SIE MIT UNS AKTIV!

Setzen Sie sich mit uns für eine bessere europäische Flüchtlingspolitik ein!

Weitere Informationen finden Sie auf: [amnesty.de/fluechtlinge](https://www.amnesty.de/fluechtlinge)



Menschenrechte sind unbezahlbar.

Ihr Beitrag ermöglicht unsere Unabhängigkeit, vielen Dank!

Weitere Informationen: [amnesty.de/spenden](https://www.amnesty.de/spenden).

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Sonnenallee 221 C · 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 · E: info@amnesty.de · W: [amnesty.de](https://www.amnesty.de)

SPENDENKONTO · DE23 3702 0500 0008 0901 00 · SozialBank · BFSWDE33XXX

© Amnesty International, August 2024, V.i.S.d.P. Uta von Schrenk

Folge uns auf

